

RM Heiden erläutert eingangs den Antrag der UWG-Fraktion hinsichtlich der Auflistung aller geplanten Einzelmaßnahmen mit einer Kostengröße über 10.000,00 €.

StOAR Idel teilt hierzu mit, dass für die jeweiligen Teilhaushalte entsprechende Budgets eingerichtet wurden. Eine derartige detaillierte Aufstellung ist im Rahmen der Doppik nicht vorgesehen. Vielmehr können die gewünschten Informationen im Zuge eines neu aufgestellten Berichtswesens zur Verfügung gestellt werden. Hierfür würden sich die Gebäudemanagementsoftware und die mögliche neue Software IKVS anbieten. Entsprechende Sachstände sind vom Controlling im jeweiligen Fachamt anzufragen. Nach Ablauf eines Quartals kann dann ein Bericht zur Verfügung gestellt werden.

RM Bruns spricht sich ebenfalls für mehr Transparenz aus. Die Einzelmaßnahmen sollten jedoch weniger in den Gesamthaushalt aufgenommen werden. Vielmehr ist dies eine Angelegenheit des Berichtswesens abgestimmt auf die jeweiligen Fachausschüsse.

RM Homfeldt erläutert, dass Controlling und Berichtswesen Steuerungselemente darstellen. Ebenfalls verdeutlicht RM Homfeldt, dass bei so einem Vorgehen Berichtswesen und Fachausschüsse ineinander greifen müssen.

RM Ottens teilt mit, dass man den Antrag unterstützen wird. Der Vorschlag hinsichtlich des Berichtswesens erscheint zu unverbindlich. Man möchte gerne vorher wissen, welche Maßnahmen vorgesehen sind und was möglich ist.

RM Masemann spricht sich ebenfalls dafür aus zunächst das Berichtswesen abzuwarten.

Im Ausschuss besteht überwiegend die Auffassung, dass zunächst die Ergebnisse eines neugestalteten Berichtswesens abgewartet werden sollen. RM Heiden zieht den Antrag der UWG-Fraktion daher zunächst zurück.

RM Kasig erkundigt sich anschließend nach dem Sachstand beim Masterplan. Hierzu teilt BM Böhling mit, dass derzeit ein Entwurf vorliegt und der endgültige Plan in den nächsten Wochen zur Verfügung stehen wird.

Im weiteren Verlauf erläutert StOAR Idel die wesentlichen Inhalte der Sitzungsvorlage zum Haushalt 2020.

RM Bruns teilt mit, dass man dem Haushalt aufgrund des stetig ansteigenden Schuldenstandes nicht zustimmen wird. Der dann erreichte Schuldenstand stellt keine Kleinigkeit dar. Die Investitionen im Investitionsprogramm werden zwar grundsätzlich als notwendig angesehen. Es ist jedoch nicht

eindeutig ersichtlich, welche Maßnahmen in welcher Reihenfolge erforderlich sind. Hierzu bedarf es den seit Monaten erbetenen Masterplanes.

BM Böhling merkt an, dass der Schuldenstand zwar ansteigen wird. Man muss jedoch auch beleuchten, wie die Konditionen für eine Kreditaufnahme sind. Weiterhin gibt der Ergebnishaushalt einen entsprechenden Überschuss für die Investitionen nicht her. Hier spielt unter anderem die hohe Kreisumlage eine Rolle. Auch steht man in der Pflicht für eine Vielzahl neuer MitarbeiterInnen aufgrund der zusätzlichen Kindertagesstätten. Andernfalls muss auch mal eine Maßnahme über 2 Mio. gestrichen werden.

RM Ottens weist darauf hin, dass im Haushalt 2019 für die Jahre 2021/22 keine Kreditaufnahme vorgesehen war. Nun ist im Haushalt 2020 für diese Jahre eine Kreditaufnahme in Höhe von insgesamt 5,4 Mio. € vorgesehen. Es darf nicht sein, dass ohne Ende Schulden gemacht werden. Ebenfalls bestand vor einiger Zeit der Konsens, dass Überschüsse für die Schuldentilgung aufgebracht werden sollen. Das jetzt ist jedoch eine Entwicklung über die man sprechen muss.

StOAR Idel stellt hierzu dar, dass sich die Rahmenbedingungen erheblich geändert haben. So sind die Baukosten stark angestiegen und die Gewerbesteuererträge in 2019 und den Folgejahren folgeschwer zurückgegangen.

RM Homfeldt unterstreicht die Bedeutung eines Entschuldungskonzeptes. Es ist wichtig über nachhaltige Finanzpolitik zu sprechen. Die derzeitigen Steuereinnahmen sind so hoch wie nie und man kommt damit dennoch nicht hin. Bei Kostensteigerungen in Höhe von ca. 2 Mio. € bei den letzten Baumaßnahmen muss man auch sehen, ob das Baumanagement funktioniert. Wenn weiter so verfahren wird, wird man auf Dauer die kommunale Selbstverwaltung verlieren. RM Homfeldt spricht sich daher für eine interfraktionelle Ratssitzung aus, um sich gemeinsam zu beraten.

RM Eggerichs teilt mit, dass die Maßnahmen von der Politik beschlossen wurden. Diese sind schließlich in den Haushalt eingeflossen. Insgesamt gilt es eine Lösung zu finden.

RM Heiden schließt sich dem an, dass die Verwaltung die politischen Beschlüsse in den Haushalt aufgenommen hat. Auch spricht sich RM Heiden dafür aus, dass man sich gemeinsam zusammensetzt und gegebenenfalls Maßnahmen hinterfragt.

RM Just merkt ebenfalls an, dass die Verwaltung die von der Politik beschlossenen Maßnahmen zusammengeschrieben hat. Bisher wurde nicht gesagt, dass Maßnahmen nicht durchgeführt werden sollen. Nun muss man jedoch gemeinsam über die Situation sprechen.

Nach kurzer Sitzungsunterbrechung besteht im Ausschuss Einvernehmen, dass der Haushalt 2020 zurückgestellt wird. Es soll zunächst eine interfraktionelle Ratssitzung anberaumt und anschließend

der Haushalt 2020 erneut in einer Sondersitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorgelegt werden. An dem Termin für die Ratssitzung am 27.02.2020 soll festgehalten werden.

BM Böhling begrüßt diesen Konsens und bedankt sich bei den Ratsmitgliedern. Gleichzeitig weist BM Böhling in diesem Zusammenhang auf etwaige verkürzte Ladungsfristen hin.